

SPD im Kreis Offenbach, Dienstag, 19. Mai 2020

Zusätzlich 37 Millionen Euro für digitalen Unterricht in Hessen

Startschuss für Bundes-Sofortausstattungsprogramm für Schulen

Das 500-Millionen-Euro-Sofortausstattungsprogramm für Schulen kann losgehen. Bund und Länder haben heute die dafür notwendige Zusatzvereinbarung zum Digitalpakt Schule auf den Weg gebracht. "Digitaler Unterricht zu Hause wird den Präsenzunterricht noch länger ergänzen müssen. Der Bund unterstützt jetzt die Schülerinnen und Schüler, die bisher kein digitales Endgerät haben", so der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Jens Zimmermann.



Schülerinnen und Schüler, bei denen Online-Unterricht aus Mangel an Geräten bislang keine Option war, sollen mit Leih-Tablets oder Leih-Laptops ausgestattet werden. "Es darf nicht der Geldbeutel der Eltern darüber entscheiden, ob Schülerinnen und Schüler am digitalen Fernunterricht teilhaben können. Das ist eine entscheidende soziale Frage. Für dieses Programm hat die SPD hart gekämpft und es ist gut, dass es jetzt an den Start geht", sagt Dr. Jens Zimmermann und führt aus, dass "für Hessen jetzt 37.217.200 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Es ist jedoch ein Skandal, dass das Land Hessen das Sofortprogramm mit keinen einzigen Euro unterstützt. Statt ausschließlich netter Pressetermine, hätte die hessische Digitalministerin endlich Mal die Möglichkeit, den digitalen Unterricht in ihrem Bundesland voranzutreiben. Dass das Land Hessen nun nicht aktiv wird, macht deutlich wie gering der Stellenwert von digitalem Unterricht ist."

Schülerinnen und Schüler, die ein Leihgerät brauchen, erhalten dies durch die Schulen. Und wenn kein Internetanschluss vorhanden ist? Auch dafür soll es eine Lösung geben. "Wir wissen, dass das alles nur wirklich helfen kann, wenn im Haushalt auch ein notwendiger Internetanschluss vorhanden ist. Der Bund sucht hierfür zurzeit mit den Mobilfunkanbietern nach guten Lösungen. Ich erwarte, dass das Bildungsministerium dies vorantreibt.", so Dr. Jens Zimmermann und appelliert an alle Beteiligten: "Es ist wichtig, dass die Hilfen jetzt schnell



dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Kein Kind darf wegen des Fernunterrichts zurückgelassen werden." Die Laptops, Notebooks und Tablets - explizit ausgenommen sind Smartphones - werden je nach Landesregelung von den Ländern oder den Schulträgern beschafft.
